



Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

Infrastrukturgesellschaft des Landes gründen und regional aufstellen

zu der Drucksache 18/4822

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Organisation des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein und damit die der Straßenbauverwaltung an die Erfordernisse der zukünftigen Infrastrukturplanung anzupassen.

Hierzu soll das Land eine Infrastrukturgesellschaft mit beschränkter Haftung neu gründen, die die Planung und die Bauumsetzung für die Bundesfernstraßen übernimmt.

Sobald der Bund eine Overhead-Gesellschaft installiert hat und diese arbeitsfähig ist, wird die Infrastrukturgesellschaft des Landes an den Bund übergeben, soll aber auch in Bundeseigentum regional aufgestellt und in Schleswig-Holstein beheimatet bleiben.

Der LBV-SH wird damit entlastet und kann sich in Organisation und Struktur auf seine originären Aufgaben konzentrieren.

Hans-Jörn Arp
und Fraktion